

Marc Keup

Neue Herausforderungen für die politische Arbeit der ONGs

Politische Arbeit hat bei den in Luxemburg ansässigen Entwicklungsorganisationen eine lange Tradition. Einige von ihnen versuchen seit den Sechzigerjahren die nationale Politik an ihre globale Verantwortung zu erinnern und zu konkreten Kurskorrekturen zu ermutigen, die zur weltweiten Armutsbekämpfung beitragen. Sie klopfen regelmäßig an die Tür von Politikern und hohen Beamten, verfassen politische Stellungnahmen, Analysen und Berichte, organisieren Pressekonferenzen und Informationsveranstaltungen. Wenn die Regierungen der reichen Länder – so das auch heute noch geltende Kalkül der ONGs – die politischen Spielregeln zugunsten der Entwicklungsländer ändern, ist den Armen dabei mehr geholfen, als mit einem Dutzend Entwicklungsprojekten.

Diese Arbeit unterliegt selbstverständlich einem ständigen Wandel, ausgelöst durch die Umwälzungen auf der geopolitischen Landkarte und durch eine Globalisierung der Problemfelder. Früher orientierten sich die Entwicklungsorganisationen an dem eindeutigen Graben, der zwischen den westlichen Wohlstandsgesellschaften und der sogenannten Dritten Welt herrschte, heute ist die Situation wesentlich komplexer. Die Staaten der Erde lassen sich nicht mehr in zwei oder drei Gruppen aufteilen: Wohlstand ist in den vermeintlichen Entwicklungsländern heute ebenso

präsent, wie schockierende Armut in den Industriestaaten. Komplizierter sind heute auch die thematischen Zusammenhänge.

Die Erkenntnis [setzt sich] durch, dass man an einem gemeinsamen Problem arbeitet, nämlich an der Unfähigkeit des politischen und ökonomischen Systems, eine nachhaltige [...] Entwicklung einzurichten.

Unterentwicklung war nie ein eindimensionales Problem, durch die fortlaufende Globalisierung der Wirtschaftsbeziehungen und die steigende Verflechtung der Akteure ist es jedoch mittlerweile unmöglich, die verschiedenen Themen isoliert zu betrachten. Nötig ist eine systemische, bzw. ganzheitliche Betrachtungsweise.

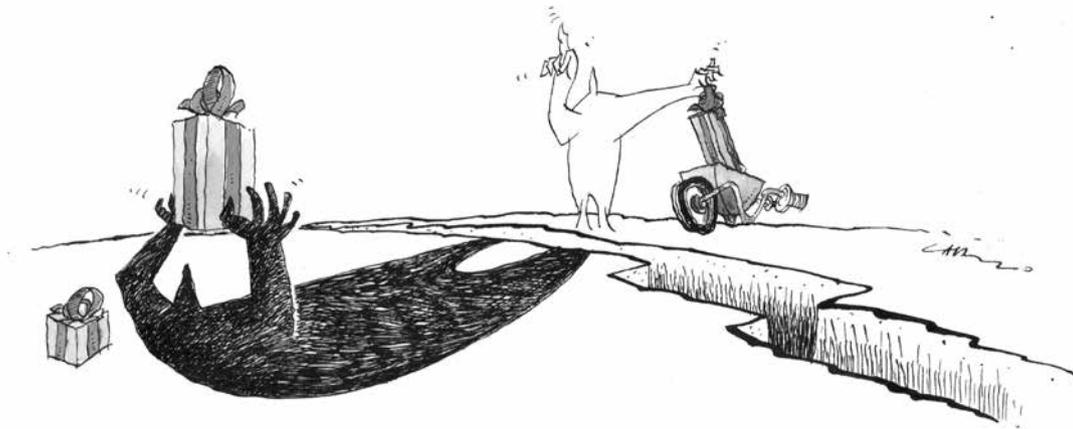
Öffnung gegenüber anderen Sektoren

Da die Fehlentwicklungen nicht mehr auf bestimmte Länder beschränkt sind und alle Thematiken, wie z. B. Ungleichheit, Umwelt, Menschenrechte, Wirtschaft, Handel, Arbeitsrechte oder Sicherheit, eng miteinander verschränkt sind, wird das spezifische Profil der Entwicklungsorganisationen, das sie in der Vergangenheit gekennzeichnet hat, immer undeutlicher. Früher setzten sie sich für die Armutsbekämpfung in einem klar definierten geographischen Raum ein, während die ONGs im Umweltbereich für den Schutz

der heimischen Natur und die Gewerkschaften für die Rechte der luxemburgischen Arbeitnehmer eintraten, usw. Diese Rollenaufteilung besteht natürlich immer noch, es setzt sich aber zunehmend die Erkenntnis durch, dass man an einem gemeinsamen Problem arbeitet, nämlich an der Unfähigkeit des politischen und ökonomischen Systems, eine nachhaltige und für alle Menschen akzeptable Entwicklung einzurichten.

Dies hat in den letzten Jahren dazu beigetragen, dass die ONGs im Entwicklungsbereich verstärkt die Zusammenarbeit mit anderen Bereichen der Zivilgesellschaft suchen. Eine Vorreiterrolle spielte dabei die 2008 gegründete und recht erfolgreiche Plattform Votum Klima. Diese Allianz beschäftigt sich, wie der Name besagt, mit dem Klimawandel und zählt mittlerweile rund 25 Organisationen aus unterschiedlichen Bereichen. Andere Beispiele sind die rezenten Plattformen zur nachhaltigen Landwirtschaft *meng-landwirtschaft* oder gegen das Freihandelsabkommen zwischen Europa und den USA.

Die Vorteile von solchen Allianzen liegen auf der Hand: Die politische Durchschlagskraft wird durch die Anzahl der beteiligten Organisationen deutlich erhöht und die traditionell unzureichenden Ressourcen bei der politischen Arbeit multipliziert. Leider sind immer noch zu wenige ONGs im Entwicklungsbereich politisch aktiv, so dass die Zusammenar-



beit mit ONGs aus anderen Bereichen fast schon eine Notwendigkeit ist. Außerdem bringt jede ONG spezifische Kompetenzen, Erfahrungen und Kontakte mit ein. Der Erfolg gibt diesen bunten Allianzen Recht, man kann also davon ausgehen, dass diese Entwicklung in Zukunft weitergehen wird und sich die verschiedenen Akteure der Zivilgesellschaft noch näher aneinander binden.

Zukünftige Allianzen

Wird es daher zu einer steigenden Anzahl solcher Allianzen kommen? Theoretisch sind eigene Plattformen für alle politischen Teilbereiche denkbar, die für die Zivilgesellschaft relevant sind. Neben Klima-, Landwirtschafts- und Handelspolitik, würden auch Themen wie Fiskal-, Finanz-, Migrations- oder Wirtschaftspolitik jeweils breite Bündnisse erfordern. Eine solche Entwicklung würde aber nicht nur die Bevölkerung und die politischen Gesprächspartner überfordern, sondern auch die einzelnen Organisationen vor logistische Probleme stellen. Jede einzelne Allianz würde eigene Ressourcen erfordern, die von den immer gleichen Akteuren eingebracht werden müssen.

Außerdem wird man, wie bereits erwähnt, der heutigen Realität nicht mehr gerecht, wenn man die oben genannten Politikfelder isoliert betrachtet und einzeln abarbeitet, da sie alle zusammenhängen. Nötig ist eine holistische Betrachtungsweise, welche auch die Querverbindungen zwischen den Themenfeldern aufgreifen und behandeln kann. Aus dieser Sicht werden die Organisationen der Zivilgesellschaft sich

früher oder später die Frage stellen müssen, ob nicht eine einzige zentrale Allianz sinnvoller wäre, die alle Themenfelder der nachhaltigen Entwicklung behandelt. Dies würde nicht nur finanzielle Synergieeffekte hervorrufen, sondern auch die Analyse der Problemlage entscheidend voranbringen und eine gezieltere, besser koordinierte politische Einflussnahme der Zivilgesellschaft ermöglichen. Auch könnte die Öffentlichkeitsarbeit, die darauf abzielt, die Unterstützung der Bevölkerung für die eigenen Forderungen zu gewinnen und ein wichtiger Bestandteil der politischen Arbeit ist, intensiviert und besser abgestimmt werden.

Eine solche zentrale Allianz zur wirtschaftlichen, ökologischen und sozialen Nachhaltigkeit steht derzeit jedoch nicht zur Debatte. Die einzelnen Organisationen sind, aus guten Gründen, auf ihre eigene historisch gewachsene Rolle konzentriert und nicht bereit, ihr spezifisches Profil und ihre Positionen zugunsten einer breiten Zusammenarbeit zu verwässern. Außerdem bestehen zwischen ihnen immer noch ideologische und politische Gräben, trotz aller Gemeinsamkeiten. Eine solche Entwicklung zu forcieren, wäre daher schlichtweg unrealistisch. Sollte sie irgendwann Wirklichkeit werden, dann nur weil sie aus der Summe der tagtäglich konzentrierten Aktivitäten organisch hervorgeht.

Das Jahr 2015 könnte in dieser Hinsicht Anreize bieten und dazu beitragen, dass eine solche Entwicklung automatisch in Gang kommt. Bei der Präsidentschaft der Europäischen Union, die am 1. Juli von

Luxemburg übernommen wird, kommt der hiesigen Zivilgesellschaft traditionell eine besondere Rolle zu. Es gilt die Gelegenheit zu nutzen, um zu den europäischen Dossiers Stellung zu beziehen und politische Aktionen durchzuführen. Dabei werden sich die Organisationen der luxemburgischen Zivilgesellschaft notgedrungen untereinander absprechen müssen, um zu verhindern, dass sie sich gegenseitig auf die Füße treten. Auch wird es zu einer gegenseitigen Unterstützung der jeweiligen politischen Arbeit kommen: Die Entwicklungsorganisationen werden beispielsweise die Forderungen der Umweltorganisationen mittragen und umgekehrt. Daraus könnte durchaus eine interessante Dynamik entstehen, die auch nach dem Jahreswechsel Bestand haben wird.

Hinzu kommt, dass im September bei den Vereinten Nationen eine Liste von Nachhaltigkeitszielen verabschiedet werden soll, die eben jene ganzheitliche Sicht auf die Probleme des Planeten in sich birgt. Sie behandelt globale Armut und Menschenrechtsverletzung ebenso, wie Klimawandel, Meeresverschmutzungen oder würdige Arbeitsbedingungen. Zwar ist der derzeitige Entwurf wenig ambitioniert und wird bei den ONGs daher auch nicht auf einhellige Zustimmung stoßen. Doch zumindest werden diese international vereinbarten Nachhaltigkeitsziele einen langfristigen Leitfaden bieten, der von allen Staatshäusern akzeptiert ist. Sie könnten daher trotz ihrer Unzulänglichkeiten zu einer thematischen Basis werden, die eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen den einzelnen Sektoren der nationalen und globalen Zivilgesellschaft fördert. ♦